

«Denkmalschutz ist auch Umweltschutz»

Denkmalpfleger Daniel Schneller über den raschen Wandel der Stadt, den Druck auf seine Behörde und die historischen Roche-Bauten.

Interview Patrick Marcolli

Herr Schneller, Themen des Denkmalschutzes haben in Basel in jüngster Zeit wieder stark an Bedeutung gewonnen. Warum ist das so?

Daniel Schneller: Der Grund liegt vor allem in der Entwicklung der Aussenquartiere. Es besteht ein gewisser Druck auf der bestehenden Bausubstanz als Folge der guten wirtschaftlichen Situation. Gerade Fondsgesellschaften legen ihr Kapital vermehrt in Immobilien an. Allerdings ist noch keine eindeutige Stossrichtung erkennbar. Ich stelle jedoch fest, dass durchaus ein Sinneswandel stattgefunden hat und man nicht einfach nur noch abreisst und neu baut.

Sie erkennen also keine Abriss- und Erneuerungsspirale wie zu Zeiten der Hochkonjunktur in den 60er- oder 70er-Jahren?

Nein. Ich erkläre mir das Umdenken vor allem mit der Umweltbewegung. Man sieht ein, dass Denkmalschutz auch Umweltschutz ist. Früher ist man wegen der Ressourcenknappheit und der Tatsache, dass nicht alle Materialien verfügbar waren, sorgfältiger und bewusster umgegangen mit bestehenden Bauten. Nehmen Sie als Beispiel das Münster: Nach dem grossen Erdbeben von 1356 ist es nicht einfach abgebrochen worden, sondern es wurde weitergebaut. Die alten Häuser in der Stadt, das zeigt unsere Forschung, sind jeweils organisch weiterentwickelt worden. Der Wert des Kapitals und dessen, was wir heute graue Energie nennen, wurde erkannt. Es gab keine Wegwerf-Mentalität wie heute.

Denken Sie also, dass auf den grossen Transformationsarealen der Stadt auf das bauliche Erbe der Industrie Rücksicht genommen wird?

Das lässt sich, zum Beispiel auf dem Klybeckplus-Areal, noch nicht klar absehen. Aber wir von der Denkmalpflege beziehen diese Überlegungen in unsere Arbeit längst mit ein. Nehmen



Denkmalpfleger Daniel Schneller sieht sich durch die Bevölkerung gestützt. Bild: Kenneth Nars (11.11.2020)

Sie die beiden Gebäude am Blumenrain aus den 40er-Jahren, für die ein Unterschutzstellungsverfahren läuft. Da finden sich genau diese Ressourcen, von denen ich gesprochen habe.

Aber gerade dieses Beispiel zeigt doch, wie schwierig Ihre Arbeit in Bezug auf die öffentliche Meinung ist: Die zwei Gebäude scheinen grau und unscheinbar.

Ja, die Vermittlung ist ein wichtiger Teil unserer Aufgabe. Der

Blumenrain wurde damals im Sinn einer Stadterweiterung der Moderne umgestaltet, was man an diesen Gebäuden gut ablesen kann. In diesem Fall und generell müssen wir der Öffentlichkeit die Bedeutung von Gebäuden vermitteln, die noch nicht als schützenswert betrachtet werden. Das ist nicht immer leicht.

Wäre es Ihnen lieber, die Stadt würde sich etwas langsamer entwickeln?

Tatsächlich habe ich ganz am Anfang meiner Tätigkeit die Befürchtung geäussert, es gehe zu rasch. Zumindest müssten wir bei diesem Tempo über genügend Ressourcen verfügen, um die öffentlichen Interessen einbringen zu können. Kantonsbaumeister Beat Aeberhard hat einen entsprechenden Antrag gestellt, um bei der Begleitung der Areal-Entwicklung in der Planung und auch der Denkmalpflege besser aufgestellt zu sein. Uns wird eine temporäre Teil-

«Es gab früher keine Wegwerf-Mentalität wie heute.»

Daniel Schneller
Basler Denkmalpfleger

zeitstelle dafür in Aussicht gestellt, was immerhin eine Entlastung bringen könnte, aber natürlich nicht ganz genügt aus unserer Sicht. Zudem muss diese Stelle in der Budget-Beratung des Grossen Rats im Januar erst noch bewilligt werden.

Gerade politisch ist Ihre Arbeit durchaus umstritten. Die vom Parlament beschlossene Teil-Entmachtung der Stadtbildkommission zeigt, dass linke wie rechte Kreise sich gegen Interventionen, die städtebauliche Erneuerung behindern könnten, stark wehren. Spüren Sie bei der Denkmalpflege diesen Gegenwind?

Was ich vor allem bemerke, ist die Unterstützung für unsere Anliegen in der Bevölkerung. In jüngster Vergangenheit wurden beispielsweise vier Petitionen zum Erhalt von historischen Bauten eingereicht: zwei für die Elsässerstrasse und eine für die Mattenstrasse und eine für das «La Torre» auf dem Bruderholz.

Ihre Unterstützer beklagen auch, dass die Denkmalpflege, gerade was die Inventarisierung von Gebäuden angeht, personell nicht gut dotiert ist. Will man Ihre Dienststelle etwa zu Tode sparen?

Diesen Eindruck habe ich nicht. Die Kantonale Denkmalpflege hat seit Jahrzehnten in etwa die

gleichen Ressourcen zur Verfügung. Dass wir uns damit an die jeweiligen Anforderungen der Zeit anpassen und verändern müssen, hat die Regierung erkannt. So unterstützt sie das Projekt der partizipativen Inventarisierung. Das heisst: Die Quartierbevölkerung kann dort, wo unsere Arbeit nicht abgeschlossen ist, mitsprechen und Vorschläge machen. Das ist im Sinn der verstärkten kulturellen Teilhabe ein innovativer und neuer Ansatz. Auch hier steht noch die Zustimmung des Parlaments aus.

Im Fokus steht derzeit auch der Kampf um den Erhalt von historischen Gebäuden des Pharmakonzerns Roche. Zahlreiche Ihrer Amtskollegen aus anderen Kantonen beteiligen sich öffentlich an der Diskussion und sprechen sich für den Erhalt aus – Ihnen jedoch sind die Hände gebunden. Ist das schwierig auszuhalten?

Uns sind die Hände nicht gebunden. Wir verhandeln ja mit der Roche und können die öffentlichen Interessen des Denkmalschutzes frei, ungehindert und unzensuriert einbringen. Es geht dabei neben der Schutzwürdigkeit auch um die Schutzfähigkeit, das sind komplexe Fragestellungen. Da wir nach wie vor im Verhandlungsstatus sind, kann und darf ich keine Details preisgeben.

Ein Argument für den Erhalt der Roche-Gebäude betrifft ja auch die von Ihnen erwähnte Frage des Umweltschutzes und der Grauen Energie. Ist das bei Roche überhaupt ein Thema?

Ja, auch das ist Teil der Verhandlungen. Ich stelle bei der Roche auch diesbezüglich eine grosse Ernsthaftigkeit fest.

Aber gegen den Willen des Pharmariesen lässt sich sowieso nichts beschliessen in dieser Stadt.

Letztlich muss die Regierung die öffentlichen und privaten Interessen gegeneinander abwägen und entscheiden.

SP fordert mehr Sicherheit für LGBTIQ+-Personen

Interpellation Nachdem kürzlich ein schwules Paar in einer Basler Bar angegriffen wurde (die bz berichtete), fordert die Politik nun mehr Sicherheit für LGBTIQ+-Personen. In der dazugehörigen Interpellation der SP-Grossrätin Nicole Amacher heisst es, dass diese Gruppen von Personen wegen ihrer sexuellen Orientierung noch immer Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt seien. Ausserdem soll auch bei der örtlichen Polizei Sensibilisierungsbedarf herrschen. Kantone wie Fribourg und Zürich bieten bereits polizeiliche Schulungen in diese Richtung an. Schon letztes Jahr

hat SP-Grossrätin Sarah Wyss eine solche Schulung zusammen mit einer kantonalen statistischen Erfassung von LGBTIQ+-feindlichen Hassverbrechen, gefordert. Laut Interpellation wird mit der Bearbeitung jedoch noch gewartet, bis der Bundesrat ein Postulat von Nationalrat Mathias Reynard beantwortet. Als unverständlich deklariert Amacher dieses Zuhalten. Ausserdem prangert sie an, dass das Thema um die Sicherheit der LGBTIQ+-Personen in der hiesigen Politik keine Priorität sei. Die kürzliche Attacke in der «Joggeli-Lounge» stehe exemplarisch dafür. (dgo)

40 Millionen für Kulturveranstalter

Basel-Stadt erweitert die Ausfallentschädigungen. Neu auch für Musiklabels oder Galerien.

Mit Ausfallentschädigungen können Kulturveranstalterinnen und Kulturveranstalter ihre Verluste wegen der Coronakrise abfedern. In Basel stehen für die Periode März bis Oktober 2020 15 Millionen Franken vom Kanton und 15 Millionen vom Bund zur Verfügung. Der Basler Regierungsrat hat diese Summe nun aufgestockt. Er stellt aus dem Krisenfonds weitere fünf Millionen zur Verfügung, ergänzt werden diese mit fünf Millionen aus der Bundeskasse. Somit stehen bis Ende des Jahres 2021 insgesamt 40 Millionen Franken zur Verfügung.

Bis zum 20. September wurden bereits 460 Anträge bearbeitet und knapp acht Millionen gesprochen. Weitere 126 Anträge werden bis Ende Jahr behandelt. Welchen Kriterien die Gesuche entsprechen müssen, hat die bz in der Ausgabe vom 9. November beschrieben.

Der Geltungsbereich wird ausgeweitet

Im Einklang mit anderen Kantonen weitet der Regierungsrat den Geltungsbereich aus. Künftig sind auch Musiklabels, Literaturverlage sowie Vermittlungsprojekte von Kunstgale-

rien, Buchhandlungen und Bibliotheken antragsberechtigt. Zudem werden neu auch Unterstützungsbeiträge an Transformationsprojekte gesprochen.

Investition für neue Umstrukturierungen

Gemeint sind damit Projekte, mit denen Kulturunternehmen eine Anpassung an die durch Corona veränderten Verhältnisse bezwecken. Beispielsweise die Planung einer strukturellen Neuausrichtung oder Konzepte zur Publikumsgewinnung. Die Finanzhilfe für Transformationsprojekte decken höchstens

60 Prozent der Aufwände bis zu einer Obergrenze von maximal 300 000 Franken pro Kulturunternehmen.

Nach Auskunft von Katrin Grögel, Co-Leiterin Abteilung Kultur Basel-Stadt, kann heute noch keine Aussage dazu gemacht werden, ob die Gesamtsumme von 40 Millionen reichen wird, um Kulturveranstalter im nötigen Umfang zu unterstützen. Das liege an den Unabwägbarkeiten der Pandemie und der nötigen Massnahmen dagegen. Allenfalls müsste die Lage im Laufe des kommenden Jahres neu beurteilt werden. (bal)

Abschlussreisen: Der Kluge darf nicht mehr im Fluge

Rot-Grün setzt sich bei der Umweltfrage durch.

bz, 12.11.2020

Der Grosse Rat hat eine Petition von Schülerinnen und Schülern, die ein Flugverbot für Maturreisen fordern, zur Berichterstattung an die Regierung überwiesen. Die bürgerlichen Parteien, die den Schulklassen die Entscheidungsbefugnis nicht nehmen wollten, unterlagen knapp. Die Abstimmung vom Mittwoch fiel nach einer längeren und intensiv geführten Debatte mit 45 gegen 44 Stimmen knapp aus. Die Regierung muss nun gegen ihren Willen einen abschliessenden Bericht zur Forderung der Petition verfassen.

Erziehungsdirektor Conradin Cramer (LDP) bezeichnete die Petition als inhaltlich überholt. Dies, weil das Parlament Ende 2019 einer SP-Motion folgend Staatsangestellten geschäftliche Flugreisen über eine Strecke von unter 1000 Kilometern untersagt hatte. Dies betreffe auch Lehrerinnen und Lehrer, womit eine begleitete Schulreise mit dem Flugzeug faktisch jetzt schon nicht mehr möglich sei, wenn der Lehrer oder die Lehrerin nicht mit dem Zug nachreisen wolle. Gleichzeitig konnte sich Cramer einen Sei-

tenhieb Richtung Linke nicht verkneifen: «Sie fordern Stimm- und Wahlrecht ab 16, aber hier haben sie kein Vertrauen in die Jugend.»

Linke gewinnen die Grundsatzdebatte

Die Debatte drehte sich in der Folge um das Prinzip der Selbstbestimmungsbefugnis und -fähigkeit von Schülerinnen und Schülern, die vor ihrer Ab-

«Sie fordern Stimm- und Wahlrecht ab 16. Aber hier haben sie kein Vertrauen in die Jugend.»

Conradin Cramer
Erziehungsdirektor

schlussreise stehen. Die Bürgerlichen wollten diese durch ein grundsätzliches Verbot nicht untergraben. «Die jungen Menschen sind mündig und vernünftig. Da braucht es keine neuen und überflüssigen Gesetze», sagte René Häfliger (LDP).

Die rot-grüne Seite dagegen gewichtete das grundsätzliche Gebot des Klimaschutzes höher. SP-Grossrätin Sasha Mazzotti kritisierte vor allem die Zurückhaltung von Erziehungsdirektor Cramer: Angenommen es würde eine Petition eingereicht für den Verkauf von Alkohol in der Schulmensa, würde das Erziehungsdepartement wohl auch nicht anregen, dass die Schülerinnen und Schüler das diskutieren sollen. «Man würde mit einem klaren Nein reagieren.» Auch Basta-Grossrätin Tonja Zürcher, welche der Petitionskommission vorsteht, meinte: «Es ist unsinnig, ein Verbot für Lehrpersonen zu erlassen und gleichzeitig den Schülern partizipativ den Entscheid zu überlassen, ob sie nicht doch eine Ausnahme machen wollen.»

Jonas Hoskyn